

## Infoblatt: Wahlsystem in den USA

Wahlen spielen die zentrale Rolle im politischen System der USA. Es gibt kaum ein anderes Land, in dem so viele öffentliche Ämter per Wahl besetzt werden wie in den Vereinigten Staaten. Amerikaner wählen ihren Präsidenten genauso wie ihre Gouverneure, Kongress- und Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der Schulbezirksverwaltung, lokale Richter, Stadtratsmitglieder oder den Vorsitzenden der örtlichen Stadtwerke. In vielen Bundesstaaten steht regelmäßig eine Fülle von Volksbegehren und Referenden zur Abstimmung, etwa über die Erhöhung des Mindestlohnes, das Verbot von Stammzellenforschung oder die Zulassung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Da die Bundesverfassung im Wesentlichen nur den groben gesetzlichen Rahmen vorgibt, der dann von den Einzelstaaten ausgefüllt wird, existiert eine verwirrende Vielfalt von Wahlen und Wahlprozeduren auf allen Ebenen des politischen Systems.

Wahlen gelten in der westlichen Welt gemeinhin als der ursprünglichste Ausdruck des Volkswillens. In den USA sind Demokratie und Wahlen jedoch mehr als nur ein wichtiges Element zur politischen Partizipation von Bürgern. Das Recht auf Wahlen und politische Teilhabe sind Teil der Gründungsgeschichte der Nation. Sie verkörpern bis heute den Kern des Modells Amerika, eines Modells, das sich in deutlicher Abgrenzung zu den autoritären Staatsformen im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts herausbildete. Für die Gründungsväter der amerikanischen Nation, allen voran George Washington, Thomas Jefferson und Alexander Hamilton, stellte der Zusammenschluss der Vereinigten Staaten von Amerika einen bewussten Gegenentwurf zu den Monarchien der Alten Welt dar.

Angeleitet von Ideen der Aufklärung und von Vordenkern wie Charles de Montesquieu und John Locke wagten die Gründer der USA ein demokratisches Experiment, das es in dieser Form bis dato noch nicht gegeben hatte. Sie führten nicht nur eine striktere Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative ein, sondern sie knüpften die große Mehrzahl der politischen Ämter direkter als zuvor an den Volkswillen. Das Instrument dieser Verknüpfung zwischen politischen Eliten und Bürgern: Wahlen.

### Ausweitung des Wahlrechts

Die Geschichte der Wahlen in den USA ist jedoch auch eine Geschichte von Ausschluss und Ausgrenzung. In der Tat hatte zu Beginn der Republik nur ein geringer Prozentsatz von Menschen überhaupt das Recht auf eine Stimmabgabe. Das Wahlrecht war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts lediglich weißen Männern aus der Mittel- und Oberschicht der Gesellschaft vorbehalten. Frauen und Sklaven waren kategorisch von der Teilhabe an Wahlen ausgeschlossen. Diese Barrieren bauten sich erst nach und nach ab.

Als erstes fiel die Beschränkung des Wahlrechts basierend auf Status und Besitz. Auf Initiative der Pionierstaaten des Westens, die auf die Einführung des Gleichheitsgrundsatzes pochten, kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts zur schrittweisen Aufhebung des Zensuswahlrechtes. Gleichheit hieß jedoch weiterhin nur Gleichheit für weiße Männer. Frauen fühlten sich in diesem, von Männern dominierten politischen System zunehmend bevormundet. Bereits 1848 trafen sich erste Frauenrechtlerinnen in Seneca Falls (New York) zu einer Konferenz, um die rechtliche und politische Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung in den USA anzuprangern. Angeführt von den Aktivistinnen Elizabeth Cady Stanton, Lucretia Mott und Susan B. Anthony gab dieses Treffen den Anstoß für die Gründung der American Woman Suffrage Association, die mit Vehemenz das Wahlrecht für Frauen einforderte. Obwohl einige Einzelstaaten (beginnend mit Wyoming 1890) das Frauenwahlrecht noch vor dem Ersten Weltkrieg einführten, erhielten Frauen erst mit der Verfassungsänderung 1919 das uneingeschränkte Recht, sich an politischen Wahlen zu beteiligen.

Auch der schwarzen Bevölkerung der USA blieb das Wahlrecht lange verwehrt. Formal erhielten es Afro-Amerikaner mit dem 15. Verfassungszusatz, der 1870 verabschiedet wurde. Diese Verfassungsänderung war Teil der Civil War Amendments, die das Land nach dem erbittert geführten Bürgerkrieg der Jahre 1861–1865 in eine neue Ära des Wiederaufbaus führen sollten. In dem 15. Verfassungszusatz hieß es: „The right of citizens of the United States to vote shall not be denied or abridged by the United States or by any state on account of race, color, or previous condition of servitude.“ Die Realität sah jedoch anders aus. Im Süden der USA, in dem zu dieser Zeit fast 90 Prozent der Afro-Amerikaner lebten, versuchten lokale Politiker, sich gegen diese Vorgaben zur Wehr zu setzen. Sie schufen einzelstaatliche Gesetze, die es vielen Schwarzen bis in die 1960er-Jahre hinein praktisch unmöglich machten, an Wahlen teilzunehmen.

Einschüchterung von Schwarzen war das eine. Das andere waren Bestimmungen wie Kopfsteuern, Lesetests und Großvater-Klauseln. In vielen Südstaaten musste vor dem Gang an die Urne eine Kopfsteuer (poll tax) bezahlt werden. Sie betrug zum Teil bis zu drei Dollar, eine Summe, die sich viele arme Schwarze damals nicht leisten konnten (die aber auch viele arme Weiße von den Wahlen ausschloss). Tests, die Lese- und Textverständnis überprüften, stellten ein weiteres probates Mittel der Ausgrenzung dar, weil viele Schwarze keine oder nur eine geringe Schulbildung hatten. Zusätzlich führten lokale Wahlbehörden die sogenannte Großvater-Klausel (grandfather clause) ein. Wahlberechtigt waren dieser Auslegung zufolge nur Bürger, deren Großväter schon das Wahlrecht inne gehabt hatten. Auch diese Regelungen bevorzugten eindeutig die weiße Bevölkerung, deren Vorfahren schon vor dem Bürgerkrieg zur Wahl gehen durften. Erst mit der Verabschiedung des Voting Rights Act 1964 hörte diese perfide Praxis der Diskriminierung auf. Das Gesetz, das auf Druck der Bürgerrechtsbewegung zustande kam, schaffte alle Einschränkungen ab und stellte bestimmte Wahlbezirke im Süden des Landes unter die Aufsicht des Justizministeriums in Washington, DC.

Heute ist jeder Amerikaner wahlberechtigt, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlbeteiligung ist jedoch geringer als in anderen westlichen Industriestaaten. Sie liegt bei Präsidentschaftswahlen im Schnitt zwischen 50 bis 55 Prozent, an Kongresswahlen nehmen oft sogar nur ca. 40% der wahlberechtigten Bevölkerung teil. Einer der Hauptgründe für diese geringe Wahlbeteiligung ist ein vor geschaltetes Registrierungsverfahren. In den USA müssen sich Bürger selbst bei der Wahlbehörde ihres Bundesstaates registrieren lassen, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen. Sie sind also nicht automatisch wahlberechtigt wie in Deutschland oder in anderen europäischen Staaten.

Wahlen gibt es auf allen Ebenen des politischen Systems der USA. Keine ist jedoch so bedeutend wie die Wahl des Präsidenten. Die Gründungsväter diskutierten lange im Verfassungskonvent (1787) darüber, ob und wie sie dieses Amt ausgestalten sollten. Von einer Art Wahlkönig, der auf Lebenszeit gewählt werden sollte, bis hin zu einem kollektiv geführten Exekutivgremium (ähnlich wie heute in der Schweiz) wurde die gesamte Bandbreite von Vorschlägen diskutiert. Man einigte sich schließlich auf das Amt eines Präsidenten, der für jeweils eine Wahlperiode von vier Jahren gewählt werden sollte. Im Sinne der auf Machtkontrolle und Machtbalance ausgerichteten Gewaltenteilung zwischen Präsident, Kongress und Gerichten (checks and balances), entschieden sich die Verfassungsgeber dagegen, den Präsidenten vom Parlament wählen zu lassen. Er sollte eine unabhängige Machtbasis haben, getragen vom Willen des Volkes.

### Ein Unikat: Electoral College

Allerdings war es den Gründern der Vereinigten Staaten zu suspekt, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. Die Idee erschien auch den aufgeklärten Reformern als zu radikal-demokratisch. Aus diesem Grund führten sie das Gremium des Electoral College ein; sie schufen damit die indirekte Wahl des Präsidenten. Das Konzept: Die Bevölkerung (anfänglich auch noch einige Landesparlamente) sollte in den einzelnen Bundesstaaten Wahlmänner bestimmen, die dann kollektiv zusammentraten, um den Präsidenten zu wählen. Mit diesem Kollegium von erfahrenen und umsichtigen Elektoren wollte man eine Art Schutzschicht einziehen zwischen dem politischen Willen des Volkes und der Besetzung des höchsten Staatsamtes. Es garantierte zudem die ausgewogene Mitsprache aller Bundesstaaten.

Trotz aller Professionalität und Modernität der heutigen Präsidentschaftswahlkämpfe hat sich das formelle Verfahren zur Wahl des Präsidenten kaum verändert. Auch wenn uns die Medienberichterstattung oft suggeriert, dass der Präsident direkt vom Volk gewählt wird, so ist dies faktisch nicht der Fall. Es ist auch heute noch das Electoral College, das den Präsidenten wählt, auch wenn die Wahlmänner und Wahlfrauen moralisch, und zum Teil auch per Gesetz, an den Willen der Wähler in den einzelnen Bundesstaaten gebunden sind.

Dieses weltweit einmalige System des Electoral College schafft eine interessante Arithmetik. Jeder Bundesstaat hat eine unterschiedliche Zahl an Wahlmännern zu vergeben, die sich nach dessen Einwohnerzahl richtet. Kalifornien bekommt als bevölkerungsreichstes Bundesland beispielsweise 55 Elektoren, das dünn besiedelte Montana hingegen nur drei. Gewinnt ein Kandidat in einem Bundesstaat die Mehrheit der Stimmen, so werden ihm alle Wahlmänner dieses Staates zugesprochen. Das Prinzip heißt: Winner-Takes-All. Nehmen wir das Beispiel Kalifornien. Kandidat A gewinnt den Staat mit 51 Prozent der Stimmen gegen Kandidat B, der lediglich 49 Prozent erzielt. Trotz dieses knappen Sieges erhält Kandidat A alle 55 Wahlmänner zugesprochen, sein Herausforderer geht komplett leer aus, seine Stimmen in Kalifornien sind faktisch wertlos.

Der Gewinner der Präsidentschaftswahlen ist schließlich derjenige, der 270 plus X Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen kann. Dieses Abstimmungsverfahren kann kurioserweise dazu führen,

dass der Wahlsieger weniger nationale Wählerstimmen auf sich vereinigt als sein Herausforderer. So geschehen im Jahr 2000, als sich George W. Bush mit der hauchdünnen Mehrheit von 271 zu 266 im Electoral College gegen Al Gore durchsetzte, obwohl Gore landesweit fast 540 000 Wählerstimmen mehr als Bush erhalten hatte. Was zählte, war jedoch nur die Mehrheit der Elektorenstimmen. Und die konnte Gore nicht erreichen. 120

### Wahlkampf im 21. Jahrhundert

Heute hat der Präsidentschaftswahlkampf nur noch wenig mit den Abstimmungen der Gründerzeit der USA zu tun. Wahlkämpfe um das Präsidentenamt sind im 21. Jahrhundert minutiös geplante, geldintensive, auf den Kandidaten zentrierte Kampagnen, die sich über mehr als zwei Jahre hinziehen können. Zunächst müssen die Bewerber einen Marathon an parteiinternen Vorwahlen überstehen, bevor sie dann einen mehrmonatigen Hauptwahlkampf führen, in jeder Phase des Wahlkampfes gestützt auf eine professionelle (und teure) Kampagnenorganisation. 125

Die Jagd auf die Stimmenmehrheit im Electoral College führt dazu, dass sich der Wahlkampf auf die Staaten konzentriert, die einerseits viele Wahlmänner zu vergeben haben und in denen andererseits die Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten voraussagen. Die Folge: Die Landkarte der USA wird ganz ökonomisch eingeteilt in Staaten, die nicht zu gewinnen sind und in Staaten, in denen sich der Wahlkampfaufwand lohnt, dies sind die sogenannten battleground states. Hier investieren die Kandidaten nahezu 100 Prozent ihrer Ressourcen. In diesen Staaten kommen die Methoden moderner Wahlkampfführung zum Einsatz: TV-Werbung, gezielte Postwurfsendungen, Telefonanrufe und Hausbesuche von freiwilligen Helfern. Das kostet allerdings erhebliche Summen an Geld. Ein durchschnittlicher Präsidentschaftswahlkampf kostet heute alles in allem über eine Milliarde Dollar. 130  
135  
140